



Name, Vorname : _____

Wohngeldnummer : _____

ERKLÄRUNG ZUM EINKOMMEN UND VERMÖGEN

Folgende Einkünfte sind **zusätzlich** zu dem im Wohngeldantrag angeführten Einkommen noch anzugeben (auch geringes bzw. steuerfreies Einkommen):

Bitte vollständig ausfüllen (Zutreffendes ist einzutragen, Nichtzutreffendes ist zu streichen!)	JA	Antragsteller	Haushaltsmitglied	NEIN
		Arbeitgeber und monatliches Einkommen in €		
➤ Minijob (Zeitungsaustragen...)	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>
➤ Private Nebentätigkeit (Putzen, Babysitten ...)	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>
➤ Ferienjobs	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>
➤ Heimarbeit	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>
➤ Sonstiges und zwar _____	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>
➤ Betriebsrente / Zusatzrente	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>
➤ Ausländische Rente	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>
➤ Geld- / Sachleistungen von Verwandten oder sonstigen Personen	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>
➤ Zinsen und / oder andere Kapitalerträge (jährlich)	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>
➤ Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>

nächste Seite 

Sozialleistungen wurden beantragt bzw. werden bezogen?

Ja

Nein

Wenn ja: für wen? _____

Arbeitslosengeld II

Sozialgeld

Grundsicherung

Hilfe zum Lebensunterhalt

Vermögen

➤ Barvermögen, Sparguthaben, Wertpapiere

Ja

Nein

Wenn ja, welcher Wert? _____

➤ Grund-/Immobilienvermögen

Ja

Nein

Wenn ja, welcher Wert? _____

Bitte ggf. Nachweise beifügen !

ERKLÄRUNG:

Ich habe den Wohngeldantrag und die Erklärung zum Einkommen wahrheitsgemäß und vollständig ausgefüllt.

Mir ist bekannt, dass durch falsche oder unvollständige Angaben zu Unrecht erhaltenes Wohngeld zurückzuzahlen ist und bei Vorsatz oder Leichtfertigkeit ein Bußgeldverfahren (§ 37 WoGG) eingeleitet werden kann oder sogar eine Strafanzeige möglich ist.

Ort, Datum

Unterschrift

Antrag auf Wohngeld – Mietzuschuss –



Bitte bringen Sie zur Antragstellung folgende Unterlagen mit (soweit zutreffen):

- Mietvertrag
- Nachweis über Mietzahlungen der letzten 3 Monate
- Einkommensnachweis sämtlicher Personen
- Nachweis ausländische Einkünfte/Einnahmen
- Erklärung zum Einkommen und Vermögen (Formblatt)
- Verdienstbescheinigung (Formblatt oder Jahresmeldung bzw. Nachweis der letzten 12 Monate)
- Nachweis Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.dgl.)
- Nachweis über evtl. Abfindungszahlung
- Rentenbescheid/letzte Rentenanpassungsmitteilung
- Arbeitslosengeldbescheid Alg I
- Krankengeldnachweis
- Nachweis über Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Elterngeldnachweis
- Kindergeldnachweis
- Nachweis über Unterhaltszahlungen
- Schwerbehindertenausweis
- Nachweis Pflegestufe/Pflegegeld
- Bankdaten (IBAN und BIC)

Stadt Freilassing
Münchener Str. 15, 83395 Freilassing
Tel.: 08654/3099-127 Fax: 08654/3099-150
www.freilassing.de meldeamt@freilassing.de

Öffnungszeiten:

Montag – Freitag 08:00-12:00 Uhr und zusätzlich Dienstag 14:00-18:00 Uhr bzw. nach vorheriger telefonischer Vereinbarung

Datenschutzhinweise zum Wohngeldantrag
aufgrund der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Seit dem 25. Mai 2018 gilt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Sowohl die neue DS-GVO als auch insbesondere das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), die Abgabenordnung (AO), das Wohngeldgesetz (WoGG) und die Wohngeldverordnung (WoGV) enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Rechten von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:

Soweit es für die Durchführung des Wohngeldgesetzes bzw. zur Ermittlung der für das Wohngeld maßgeblichen Verhältnisse im Einzelfall erforderlich ist, werden Ihre Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d. h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e und Artikel 4 Nr. 2 DS-GVO, §§ 67a ff. SGB X, § 23 WoGG). Ihre zuständige Wohngeldbehörde ist hierbei „Verantwortliche“ im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 DS-GVO.

1. Datenerhebung bei den Haushaltsmitgliedern

Auf Verlangen der Wohngeldbehörde haben alle Haushaltsmitglieder und sonstige Personen, die mit Ihnen den Wohnraum gemeinsam bewohnen, über ihre für das Wohngeld maßgebenden Verhältnisse Auskunft zu geben (§ 23 Abs. 1 WoGG).

Ihre Angaben im Wohngeldantrag sind mit entsprechenden Nachweisen zu belegen. Werden Kontoauszüge vorgelegt, dürfen Verwendungszweck bzw. Empfänger einer Überweisung – nicht aber deren Höhe – geschwärzt werden, wenn es sich um besondere Arten von personenbezogenen Daten im Sinne des Artikel 9 DS-GVO handelt (Angaben über die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit, Sexualleben oder der

Es kann ggf. auch zur Datenübermittlung an technische Dienstleister kommen (z. B. im Rahmen technischer Wartung). Diese Dienstleister unterliegen den Anforderungen der Art. 28 und 32 DS-GVO.

Ihre Daten werden an die Staatsoberkasse Bayern übermittelt zur Weiterleitung an Ihr Kreditinstitut, um das Wohngeld an Sie auszahlen zu können.

2. Datenerhebung bei anderen Stellen

Sofern die Haushaltsmitglieder nicht oder nicht vollständig an der Aufklärung des Sachverhalts mitwirken, kann die Wohngeldbehörde auch Auskünfte einholen bzw. Daten erheben

- bei anderen Stellen im Zusammenhang zwischen diesen und den Haushaltsmitgliedern bestehenden Rechtsverhältnissen (z. B. Vermieter/Mietverhältnis, Arbeitseinkommen, Banken und Kreditinstitute) und bei anderen Personen im Hinblick auf möglicherweise gegen diese Personen bestehende Rechtsansprüche bzw. deren Voraussetzungen (z. B. unterhaltsverpflichtete Eltern oder [frühere/getrenntlebende] Ehepartner) nach § 23 WoGG,
- bei anderen Sozialleistungsträgern (z. B. Agentur für Arbeit, Jobcenter, Familienkasse, Unterhaltsvorschussstelle, Ämter für Ausbildungsförderung) nach §§ 3, 69 Abs. 1 Nr. 1 SGB X, inwieweit z. B. andere Sozialleistungen beantragt, bewilligt oder eingestellt wurden oder inwieweit Aussicht auf Bewilligung dieser Leistungen besteht und
- beim Finanzamt zu Einkommens- und Vermögensverhältnissen nach § 21 Abs. 4 SGB X und – insbesondere bei selbständig tätigen Haushaltsmitgliedern – zur Einkommensteuererklärung oder zum bereits ergangenen Einkommensteuerbescheid nach § 31a Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb bzw. Nr. 2 AO.

In Einzelfällen können Ihre Daten auch aufgrund Ihrer Einwilligung verarbeitet werden (vgl. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a und Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DS-GVO).

Die Kosten für Auskunftersuchen bei Banken und Kreditinstituten hat die/der Mitwirkungspflichtige der Wohngeldbehörde zu erstatten (vgl. § 23 Abs. 4 Satz 4 WoGG).

3. Manueller bzw. automatisierter Datenabgleich

Zur Vermeidung und Aufdeckung der rechtswidrigen Inanspruchnahme von Wohngeld wird ein regelmäßiger Datenabgleich für alle Haushaltsmitglieder, auch in automatisierter Form, insbesondere mit der Datenstelle der Rentenversicherung durchgeführt (§ 33 Abs. 2 und 5 WoGG in Verbindung mit §§ 16 bis 21 WoGV). Es darf z. B. abgeglichen werden, ob während des Wohngeldbezugs Arbeitslosengeld II gezahlt wird, ob eine versicherungspflichtige oder geringfügige Beschäftigung besteht oder in welcher Höhe Kapitalerträge zufließen, für die ein Freistellungsauftrag erteilt worden ist. Ebenso ist ein Abgleich mit der Meldebehörde zu Meldeanschriften, Wohnungsstatus und Zeitpunkt von Ummeldungen möglich.

Zudem besteht die Möglichkeit eines Kontenabrufs beim Bundeszentralamt für Steuern nach § 93 Abs. 8 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe e AO.

Verdachtsfälle auf Betrug werden grundsätzlich bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.

4. Datenverarbeitung im Rahmen der Wohngeldstatistik

Die für die Bearbeitung des Antrages erhobenen Daten werden in anonymisierter Form (d. h. ohne Namen und Anschrift) für die Wohngeldstatistik verwendet. Die Daten dürfen hierfür an das Bayerische Landesamt für Statistik, an das Statistische Bundesamt sowie an das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und an das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung übermittelt werden (§§ 34 bis 36 WoGG).

5. Durchführung von gerichtlichen Verfahren einschließlich Strafverfahren

Zur Durchführung von gerichtlichen Verfahren einschließlich Strafverfahren werden personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen der §§ 68, 69 SGB X an die Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte übermittelt.

6. Löschung Ihrer personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten werden von der Wohngeldbehörde gelöscht, wenn sie für die Durchführung des Wohngeldgesetzes nicht mehr benötigt werden (vgl. § 33 Abs. 3 Satz 3, Abs. 4 Satz 2 und Abs. 5 Satz 6 und 7, § 35 Abs. 2 Satz 2 WoGG, § 19 Abs. 4 und § 20 WoGV) und rechtliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind (vgl. Teil A Nr. 24.01 Wohngeld-Verwaltungsvorschrift: Aufbewahrung längstens zehn Jahre, um z. B. Entscheidungen über rückwirkende Änderungen bzw. bei Rechtswidrigkeit zu ermöglichen, § 27 Abs. 4 Satz 3 und § 33 Abs. 2 Satz 2 WoGG, § 45 Abs. 3 Satz 4 SGB X). Innerhalb der vorstehend genannten Fristen besteht kein Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO.

7. Recht auf Auskunft, auf Berichtigung, auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, auf Datenübertragbarkeit und Widerspruch; Widerruf einer Einwilligung; Beschwerde

Wenn Sie eine **Auskunft** zu den zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten wünschen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Wohngeldbehörde. Sie können auch den Datenschutzbeauftragten zu Rate ziehen. Auf Wunsch wird Ihnen ein Auszug zu den zu Ihrer Person gespeicherten Daten zur Verfügung gestellt.

Wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie jederzeit die unverzügliche **Berichtigung** oder Vervollständigung dieser Daten verlangen.

Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO in Verbindung mit § 84 Abs. 3 SGB X können Sie eine **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer Daten verlangen. Dies kommt z. B. dann in Betracht, wenn die Wohngeldbehörde die Daten nicht mehr länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen und eine Löschung der Daten Ihre schutzwürdigen Interessen beeinträchtigen würde.

Im Zusammenhang mit der Wohngeldbearbeitung besteht kein **Recht auf Datenübertragbarkeit** nach Art. 20 DS-GVO, da die Datenverarbeitung im Wohngeld im öffentlichen Interesse liegt (vgl. Art. 21 Abs. 3 DS-GVO). Es besteht auch kein Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Artikel 21 Abs. 1 DS-GVO, da wohngeldrechtliche Vorschriften die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vorsehen (vgl. § 84 Abs. 5 SGB X).

Sollten Ihre personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer ausdrücklichen **Einwilligung** verarbeitet (d. h. insbesondere erhoben) worden sein, können Sie diese Einwilligung jederzeit nach Art. 7 Abs. 3 DS-GVO widerrufen. Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt.

Sollten Sie mit den Auskünften Ihrer Wohngeldbehörde bzw. mit der von ihr vorgenommenen Verarbeitung personenbezogener Daten nicht einverstanden sein, können Sie sich mit einer **Beschwerde** an die/den Landesdatenschutzbeauftragten als Aufsichtsbehörde wenden.

8. Kontaktdaten/ Adressen

- Verantwortlicher:

*Wohngeldstelle des Landratsamtes Berchtesgadener Land
Salzburger Straße 64, 83435 Bad Reichenhall
Telefon: 0049 8651 733-461, E-Mail: AB123@lra-bgl.de*

- (behördlicher) Datenschutzbeauftragter:

*Datenschutzbeauftragter des Landratsamtes Berchtesgadener Land
Salzburger Straße 64, 83435 Bad Reichenhall
Telefon: 0049 8651 773-0
datenschutz@lra-bgl.de*

- Landesdatenschutzbeauftragter:

*Bayerischer Landesbeauftragte für den Datenschutz (BayLfD)
Wagmüllerstraße 18, 80538 München
Telefon: 0049 89 212672-0
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de*